

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/08/2025

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umweltausschusses
am 10.09.2025,

Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke

Stadtverordnete/r

Frau Elke Dullweber
Herr Rolf Griesenberg
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Nadine Levenhagen

i. V. f. Herrn Uwe Gaumann
i. V. f. Frau Cordelia Koenig

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Thomas Denekas
Herr Julian Wagner

i. V. f. Herrn Marten Koop

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Emma Bley
Frau Gabriele Ehrich

Sonstige, Gäste

Herr Jens Lübbers
Herr Frederik Treuel

ab 19:41 Uhr / bis 20:20 Uhr

Verwaltung

Herr Ulrich Kewersun
Frau Stefanie Kubitza
Herr Jan Richter
Frau Nadine Scheel

bis 20:08 Uhr

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete/r

Herr Uwe Gaumann
Herr Marten Koop

Bürgerliche Mitglieder

Frau Cordelia Koenig

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2025 vom 09.07.2025
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Geplanter Ausbau von E-Ladeinfrastrukture durch die Stadtwerke Ahrensburg
 - 7.2.2. Sachstandsbericht Klimaschutzmanagement
8. Waldwirtschaftsplanung 2026
9. Antrag zur Aufhebung des Bürgerentscheids
10. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2025 **2025/083**
11. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026 **2025/091**
12. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 **2025/084**
13. Antrag der WAB Fraktion zum Thema Installation von Lärmschutzwänden in Ahrensburg **AN/058/2025**
14. Denkmalsgerechte Wiederherstellung des städtischen Anteils des Ahrensburger Schlossparks **AN/059/2025**
15. S4 - Umweltfragen
16. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 16.1. Fahrradbügel zwischen Großer Straße und Rathausplatz

- 16.2. Lastenradparkplätze auf dem Rathausplatz
- 16.3. Pläne zur Schaffung eines neuen Laichgewässers beim Natternstieg
- 16.4. Unangemessene Kommentare
- 16.5. Sachkundige Bürger und Bürgerinnen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Zum Tagesordnungspunkt 9 („Antrag zur Aufhebung des Bürgerentscheids – Umgestaltung der Hamburger Straße“) meldet sich **Frau Gerken** von der neu gegründeten Klimaschutzinitiative AhrensburgZero zu Wort. Sie stellt sich und die Initiative kurz vor und erläutert die Gründe, warum AhrensburgZero die schnelle Umsetzung des ursprünglichen Konzeptes befürwortet:

- Der derzeitige Zustand der Hamburger Straße ist für alle Verkehrsteilnehmenden - insbesondere für Fußgänger, Rollstuhlnutzende und Radfahrende – hinsichtlich Sicherheit, Funktionalität und Erscheinungsbild nicht tragbar.
- Aufgrund zunehmender sommerlicher Hitze ist die Wiederanpflanzung von Bäumen zur Wiederherstellung des Allee-Charakters als natürlicher Schattenspender dringend erforderlich.
- Eine verbesserte Radwegführung fördert die Nutzung des Fahrrades, reduziert den Bedarf an Parkplätzen und trägt zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs bei – ein wichtiger Baustein für die Klimaneutralität.
- Neue Querungen sowie geänderte Pflasterungen erhöhen die Sicherheit und verbessern die Barrierefreiheit für Rollstuhlnutzende, Rollatoren und Einkaufstrolleys.

- Eine attraktiv gestaltete Innenstadt lädt zum Verweilen ein und steigert die Besucherfrequenz, was auch dem Einzelhandel zugutekommt.

Frau Gerken bittet den Ausschuss, diese Punkte bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Sie weist darauf hin, dass die Beauftragung neuer Planungen eine weitere Verzögerung der Maßnahme nach sich ziehen würde.

Im Anschluss meldet sich **Frau Hansen** zu Wort, die ebenfalls für AhrensburgZero in der AG Mobilität und Natur, Untergruppe „Rad-Rolli-Fußwege“, tätig ist. Zum Tagesordnungspunkt 14 stellt sie folgende Fragen:

1. Gehören der Mühlenredder und die Mühle zum Ahrensburger Schlosspark, und wenn ja, zum städtischen oder nicht-städtischen Anteil?
2. Welche Maßnahmen plant die Stadt, um weitere Schäden an der denkmalgeschützten Mühle durch Fahrzeugverkehr über die Bodenwellen im Mühlenredder zu verhindern?
3. Falls der Tunnel gesperrt werden kann, wäre dann auch eine Sperrung des Mühlenredders für den Autoverkehr möglich?

Die Verwaltung nimmt die Fragen auf und wird diese im Protokoll schriftlich beantworten.

Anmerkungen der Verwaltung auf die Fragen von Frau Hansen:

Antwort zu Frage 1:

Ja, beide gehören zum Ahrensburger Schlosspark. Der Mühlenredder ist städtisch, die Mühle befindet sich in Privateigentum.

Antwort zu Frage 2:

Der Mühlenredder weist eine Fahrbahnbreite von 2,75 m auf. Die Straße ist mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h sowie einer Gewichtsbeschränkung auf 2,5t versehen. Aufgrund der geringen Fahrbahnbreite ist eine Nutzung durch schwere Lkw faktisch ausgeschlossen.

Zur weiteren Verkehrsberuhigung wurden bauliche Maßnahmen in Form von Auspflasterungen installiert, die die tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit auf unter 15 km/h reduzieren. Diese Maßnahme wird ausdrücklich begrüßt, da der Mühlenredder als Schulweg zur Schule am Schloss genutzt wird. Die reduzierte Geschwindigkeit trägt zudem zu einer deutlichen Verringerung der Abrollgeräusche der Fahrzeuge bei. Bei einer Begehung vor Ort wurde festgestellt, dass durch den mit verminderter Geschwindigkeit fahrenden Verkehr keine spürbaren Erschütterungen auf dem angrenzenden Gehweg wahrnehmbar sind. Es wird angemerkt, dass eine Entfernung der vorhandenen Auspflasterungen zu einer signifikanten Erhöhung der gefahrenen Geschwindigkeit führen würde. In der Folge wäre mit einer Zunahme sowohl der Lärmemissionen als auch der Erschütterungen zu rechnen.

Vor dem Hintergrund des denkmalgeschützten Charakters des Mühlenredders sowie der bestehenden verkehrsberuhigenden Wirkung sind derzeit keine weiteren Maßnahmen geplant.

Antworten zu Frage 3:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Sperrung des Mühlenredders für den motorisierten Individualverkehr grundsätzlich möglich wäre, sofern ein entsprechender Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst würde. In einem solchen Fall müsste jedoch eine Zufahrtsmöglichkeit für Anlieger weiterhin gewährleistet sein. Eine effektive Kontrolle der Einhaltung dieser Regelung wäre nach derzeitiger Einschätzung nur eingeschränkt möglich.

Eine Sperrung des Mühlenredders würde zu Umwegfahrten mit einer durchschnittlichen Fahrzeitverlängerung von etwa fünf Minuten führen. Hieraus ergäben sich nachteilige volkswirtschaftliche Effekte sowie eine Erhöhung der CO₂-Emissionen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich die verkehrliche Belastung im Bereich „Am Alten Markt“ infolge einer Sperrung weiter erhöhen würde. Diese Entwicklung würde durch die bereits

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf die in der Einladung vom 25.08.2025 vorgeschlagene Tagesordnung.

Die Verwaltung schlägt vor, den TOP 15 zu streichen und den Sachstandsbericht Klimaschutzmanagement unter TOP 7.2 „Sonstige Berichte/Mitteilungen“ aufzunehmen.

Seitens der Grünen-Fraktion wird Beratungsbedarf zu TOP 9 angemeldet. Die offenen Fragen sollen unter TOP 9 geklärt werden, damit im Bau- und Planungsausschuss am 17.09.2025 ein Beschluss erfolgen kann.

Weitere Änderungen werden nicht vorgebracht. Im Anschluss lässt der Vorsitzende über die Tagesordnung in geänderter Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2025 vom 09.07.2025

Frau Dullweber erkundigt sich, ob das Thema Tauben weiterhin verfolgt werden soll, da es im letzten Protokoll den Eindruck erweckte, seitens der Verwaltung bestehe kein weiterer Handlungsbedarf. Die Verwaltung erklärt, dass das Thema an den Bauhof weitergegeben wurde. Aufgrund der Urlaubszeit stehe eine Rückmeldung noch aus. Nach Eingang einer Antwort werde die Verwaltung Frau Dullweber informieren.

Herr Dr. Denekas weist darauf hin, dass im Protokoll unter TOP 4 die Formulierung „ohne weitere Aussprache“ nicht korrekt sei. Vor der Abstimmung sei zunächst über die Änderungen gesprochen worden. Zudem seien Frau Levenhagen, Herr Randschau und er selbst nicht in der Anwesenheitsliste aufgeführt.

Herr Randschau stellt klar, dass die SPD-Fraktion keinen weiteren Antrag zu den Hundekot-Beutelstationen beabsichtige, sondern lediglich eine erneute Behandlung des Themas im Umweltausschuss wünsche. Im gestellten Prüfauftrag sei der Punkt Verbesserungsvorschläge noch offen, hierzu solle erneut diskutiert werden.

Weiterhin verweist Herr Randschau auf TOP 9.2 (Mögliche Maßnahmen gegen die Anpflanzung von Neophyten). Im Protokoll fehle die Erwähnung der besprochenen Informationskampagne bzw. einer Broschüre/Informationen auf der Homepage. Herr de Vries habe zudem vorgeschlagen, bereits vorhandene Inhalte und Vorlagen zu diesem Thema zu beschaffen, damit die Stadt Ahrensburg diese übernehmen könne. Auch dieser Punkt solle im Protokoll ergänzt werden.

Abschließend merkt Herr Randschau an, dass das Verhältnis der im Protokoll wiedergegebenen Diskussionsanteile der einzelnen Tagesordnungspunkte sehr unterschiedlich sei. Künftig solle darauf geachtet werden, eine ausgewogenere Darstellung vorzunehmen.

Weitere Einwände werden nicht vorgebracht. Das Protokoll gilt somit nach Umsetzung der genannten Korrekturen als genehmigt.

6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Da es keine Fragen und Anmerkungen gibt, geht der Vorsitzende zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Geplanter Ausbau von E-Ladeinfrastrukture durch die Stadtwerke Ahrensburg

Die Stadtwerke Ahrensburg sind an die Verwaltung bezüglich der Errichtung von E-Ladeinfrastruktur herangetreten. Eine Umsetzung wird an den folgenden, mit der Verwaltung bereits abgestimmten Standorten angestrebt:

- Amrumstieg (4x 11 kW)
- Große Straße / Klaus-Groth-Str. (Schnellladestation 2x 75 kW; max. 150 kW)

Darüber hinaus werden Anträge zu weiteren Standorten in den nächsten Wochen erwartet.

Vor einer Umsetzung muss zunächst die Netzverträglichkeit geprüft werden. Zu diesem Zwecke wurde den Stadtwerken Ahrensburg eine entsprechende Vollmacht für die vorgenannten Standorte erteilt.

Weiterhin wurden im Rahmen der Abstimmungsgespräche offene Fragen zur Vertragsgestaltung geklärt. Es wird angestrebt, den erarbeiteten Vertragsentwurf auch gegenüber möglichen externen Anbietern als Grundlage heranzuziehen.

7.2.2. Sachstandsbericht Klimaschutzmanagement

1. Stand Vorreiterkonzept & Zeitplan

Ende Juli wurden in der Kerngruppe (Mitglieder: Herr Boege, Fachbereichsleitungen, Fr. Kubitzka, OCF) der weitere Zeitplan zur Konzepterstellung abgestimmt.

Wie bereits angekündigt, möchten wir die Fraktionen gern bei der Entwicklung der Maßnahmen beteiligen. Aufgrund der hohen Auslastung der beteiligten Fachdienste haben wir leider eine Verzögerung im Projektzeitplan: der Beteiligungs-Workshop mit den Fraktionen könnte erst Mitte November (11.-26.11.) stattfinden.

Nach dem sehr eng gestrickten Zeitplan würden wir die Zusammenfassung der Maßnahmen voraussichtlich in der Woche vom 27.10. übersenden. Wir machen dabei einen Vorschlag, welche Maßnahmen kritisch gesehen werden könnten und daher gemeinsam im Workshop in der KW46/47 besprochen werden sollten (Änderung der Themenauswahl ist möglich).

Ziel ist es, das Gesamtkonzept im Dezember final in der Verwaltung abzustimmen – dabei möchten wir gern bereits die Rückmeldungen aus der Politik berücksichtigen. Frau Kubitzka bittet daher um eine baldige Rückmeldung, ob die Mitglieder mit der Durchführung im November einverstanden sind.

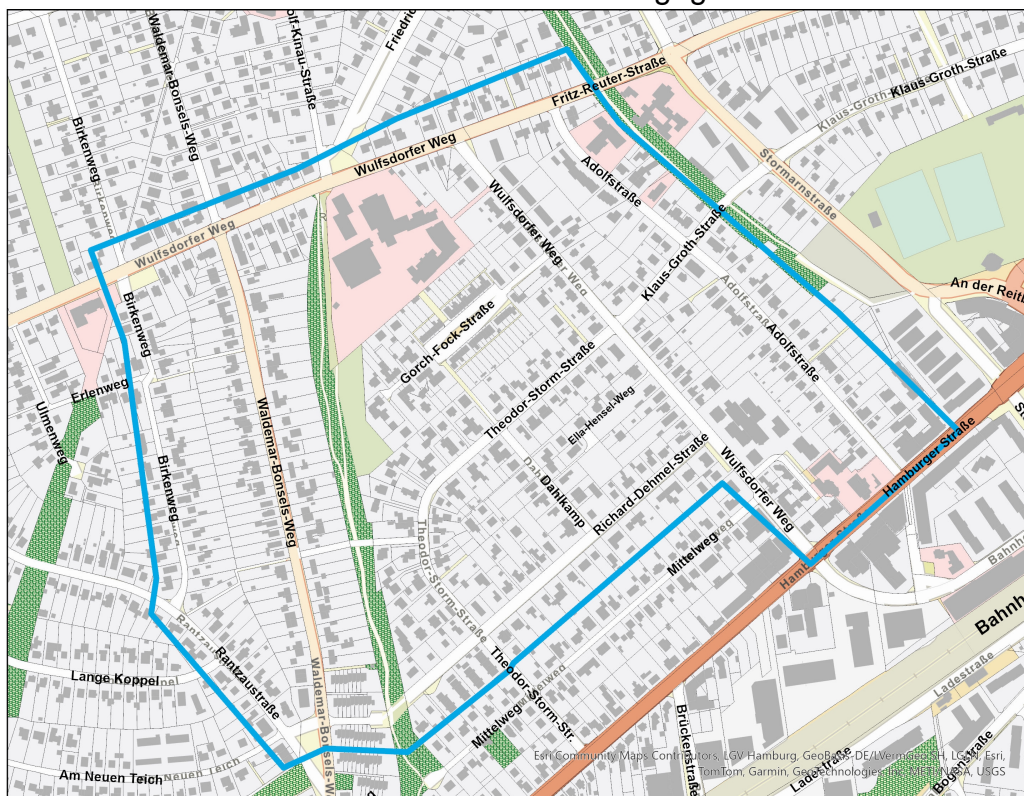
Ab Februar 2026 ist die formale Abstimmung des Gesamtkonzepts mit den Gremien geplant:

- Mitte Februar 2026: Versand des Konzeptentwurfs an UA
- Anfang März: Gebündelte Stellungnahmen der pol. Fraktionen an OCF
- März/April: Einarbeitung und ggf. Abstimmung in Verwaltung
- Ende April: Versand Gesamtentwurfs und Beschlussvorlage an den UA
- Mai/Juni: Vorstellung im UA und Beschlussfassung UA/STV
- Ca. Juni: Informationsveranstaltung für Bürger und Bürgerinnen

2. Maßnahmen der KWP

M6 – Öffentlichkeitsarbeit

Das beworbene Quartier für die Energiekarawane 2025 konnte vergrößert werden, da durch die Kooperation mit der Verbraucherzentrale die für die Stadt Ahrensburg anfallenden Beratungskosten reduziert wurden. So können mehr Beratungen (220 Stück) einem größeren Gebiet angeboten werden (siehe Karte). In der 37. KW erhalten ca. 460 Haushalte eine personalisierte Einladung zur Auftaktveranstaltung. Zudem werden Plakate im Quartier verteilt und eine Presseinfo herausgegeben.



3. Grundlagenermittlung tiefe Geothermie

Der Auftrag zur Erarbeitung der Potenzialanalyse wurde von den Stadtwerken Ahrensburg (SWA) an das Ingenieurbüro „Geothermie Neubrandenburg GmbH“ (GTN) vergeben. Das beauftragte Unternehmen hat langjährige Erfahrung bzgl. Tiefengeothermie und auch bereits das Projekt „Geothermie Wilhelmsburg“ sowie die Stadt Reinfeld bei der Potenzialanalyse zur Tiefengeothermie betreut. Der Durchführungszeitraum wurde für 01.09.2025 bis 30.11.2025 angesetzt. Am 02.09. fand das Kickoff zwischen SWA und GTN statt.

Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich des Vorschlags von Frau Kubitzka, für die Befassung mit dem Vorreiterkonzept einen Sondertermin festzulegen, entscheiden sich die Fraktionen einstimmig dafür, den Novembertermin des UA für eine ausschließliche Befassung mit den beiden Themen „Vorreiterkonzept“ und „Haushalt“ zu nutzen. Der Ausschuss soll daher im November ausnahmsweise bereits um 19 Uhr anfangen.

8. Waldwirtschaftsplanung 2026

Herr Lübbers berichtet über die im Vorfeld durchgeführte Begehung des Forstes Hagen. Dabei informiert er über die im vergangenen Winter umgesetzten sowie die für die kommende Zeit vorgesehenen Maßnahmen. Die einzelnen Vorhaben werden anhand eines Lageplans erläutert. Der Lageplan sowie eine detaillierte Aufstellung der Maßnahmen sind diesem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der bestehende Waldwirtschaftsplan derzeit gemeinsam von Verwaltung, UNB und Oberer Naturschutzbehörde im Hinblick auf die neuesten ökologischen Erkenntnisse überarbeitet wird. Der neue Plan kann voraussichtlich im Dezember vorgestellt werden.

9. Antrag zur Aufhebung des Bürgerentscheids

Da unter TOP 4 bereits Beratungsbedarf angemeldet wurde, erfolgt in der heutigen Sitzung keine Beschlussfassung. Zur besseren Beratung in den Fraktionen werden die aufgeworfenen Fragen zum Antrag dennoch behandelt.

Nach Klärung der Verständnisfragen zum Antrag der CDU-Fraktion schlägt Herr Randschau vor, für die Umgestaltung der Hamburger Straße einen separaten Beschluss zu fassen und den bestehenden Bürgerentscheid nicht zu ändern.

Die Verwaltung ergänzt hierzu, dass – sofern die Stadt Ahrensburg gegenwärtig frei in der Entscheidung wäre – die Planungen im Jahr 2026 aufgenommen werden könnten, mit einem anschließenden Baubeginn im Jahr 2027. Die Bauphase sei ursprünglich mit drei Jahren veranschlagt.

Herr Dr. Denekas beantwortet bereits in der Sitzung zahlreiche Verständnisfragen. Die CDU-Fraktion arbeitet die zahlreichen Anregungen in ihren Antrag ein und wird ihn in neuer Form erneut einreichen.

Da es zu diesem Antrag keine weiteren Fragen und Anmerkungen gibt, geht der Vorsitzende zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

10. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2025

Die Fraktionen SPD und FDP melden Beratungsbedarf an, da innerhalb der Fraktionen noch keine abschließende Beratung erfolgt ist.

Die Verwaltung informiert, dass eine abschließende Beratung im September vorgesehen ist. Heute bestünde die Möglichkeit, sich über den Nachtragshaushalt auszutauschen und offene Fragen zu klären. Da die Fraktionen sich derzeit noch nicht festlegen, liegt keine Empfehlung vor. Kurz vor der Stadtverordnetenversammlung muss entschieden werden, ob diese über den Nachtragshaushalt abstimmt, auch ohne Empfehlung eines Ausschusses.

Frau Dullweber reicht der Verwaltung im Rahmen der heutigen Sitzung bereits drei Fragen zum Nachtragshaushalt ein. Diese werden im Protokoll schriftlich beantwortet.

56110 Klimaschutz

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
Zuweisungen und Zuschüsse	4140000	
61400000		
für lfd. Zwecke Bund		

Frau Dullweber erkundigt sich, ob sich die Summe von 3.500 € auf das Vorreiterkonzept bezieht.

Die Verwaltung bestätigt, dass die Anpassung die Fördermittel für das Vorreiterkonzept betrifft.

Aufwendungen für sonstige	5291000
7291000	
Dienstleistungen	

Frau Dullweber erkundigt sich nach dem Grund für den Wegfall der Mittel für die Öffentlichkeitsveranstaltungen zum Klimaschutz.

Die Verwaltung erklärt, dass die Klimaschutzmanagerin durch die Erstellung des Vorreiterkonzepts und die Umsetzung der Maßnahmen zur KWP vollständig ausgelastet ist. Da die zusätzlich für 2025 geplanten 0,5 VZ (einschließlich 0,25 VZ der bestehenden Stelle im Klimaschutzmanagement) nicht bewilligt wurden, mussten einige geplante Aufgaben und Maßnahmen gestrichen werden.

E-Ladestationen an öffentlichen	0900002
7853000	
Einrichtungen	

Frau Dullweber weist darauf hin, dass für 2025 zunächst 100.000 € und jetzt nur noch 50.000 € eingeplant sind. Für 2026 seien wieder 100.000 € vorgesehen. Sie bittet um Erläuterung, wie diese Beträge zustande kommen und warum für 2026 50.000 € mehr eingeplant werden.

Die Verwaltung erläutert, dass die Haushaltsmittel für die Errichtung von E-Ladestationen an öffentlichen Gebäuden aus 2025 (bisher 100.000 €) auf 2026 übertragen werden müssen. Grund hierfür sind derzeit noch nicht abschließend geklärte rechtliche Rahmenbedingungen. Am Standort „Alter Lokschuppen“ ist ein wirtschaftlicher Betrieb möglich, und die Stadtwerke Ahrensburg sind an einer Umsetzung auf eigene Kosten interessiert. Daher wird voraussichtlich nur eine teilweise Mittelübertragung von 50.000 € erfolgen, wodurch sich der Ansatz für 2026 von 100.000 € auf 150.000 € erhöht.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes hatten die Fraktionen SPD und FDP Beratungsbedarf angemeldet und baten darum, in dieser Sitzung keinen Beschluss zu fassen. Daraufhin lässt der Vorsitzende abschließend über die Vorgehensweise abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Beschlussvorschlag:

Der I. Nachtragshaushaltssatzung 2025, in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Die Verpflichtungsermächtigen (VE) erhöhen sich im Jahr 2025 von 121.462.000 € auf 134.857.000 € (vgl. **Anlage 4**).

11. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026

Herr Randschau schlägt vor, die Vorlage zur Haushaltskonsolidierung angesichts der aktuellen Haushaltslage erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 solle die Vorlage nochmals durchgegangen und den einzelnen Punkten die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Der Vorsitzende lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Im Anschluss lässt der Vorsitzende darüber abstimmen, die Vorlage zunächst zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Beschlussvorschlag:

Die Vorschläge über Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Verwaltung bzw. des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig- Holstein werden zur Kenntnis genommen.

12. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

Die Fraktionen (mit Ausnahme der WAB-Fraktion) teilen mit, dass der Haushalt 2026 noch nicht beraten wurde und daher zunächst zur Kenntnis genommen wird. Die Fragen der WAB-Fraktion werden im Protokoll ergänzt.

Die Verwaltung bittet darum, Fragen zum Haushalt 2026 per E-Mail an Umweltausschuss@Ahrensburg.de zu übermitteln. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass der Haushalt zeitnah behandelt werden sollte, da eine Genehmigungspflicht der Haushaltssatzung nicht ausgeschlossen werden kann.

Zur Vermeidung von Doppelnennungen wird gebeten, bei der Übersendung von Fragen die übrigen Fraktionen in Cc zu setzen.

Ergänzung der Fragen von der WAB-Fraktion:

53810 Bedürfnisanstalten

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
Reinigungskosten	5241030	
7241000		

Wie erklärt sich die Reduzierung der **Reinigungskosten** von 52.000 € im Ansatz 2025 auf 48.000 € im Jahr 2026 (2024: 41.000 €)?

Anmerkungen der Verwaltung:

Im Haushaltsjahr 2024 wurde der Budgetansatz reduziert, da gegenüber dem ursprünglichen Planansatz eine Einsparung in Höhe von rund 10.000 € erzielt werden konnte. Die ursprünglich höheren Planmittel waren angesetzt worden, da es zuvor vermehrt zu Beschwerden aus der Bürgerschaft bezüglich der Reinigungsintervalle gekommen war. Infolge dessen wurde die Reinigung auf eine sechstägige Durchführung umgestellt. Durch diese regelmäßige Reinigung konnten die bisher zusätzlich notwendigen Sonderreinigungen entfallen, was zu einer deutlichen Reduzierung der

55100 Park- und Gartenanlagen (öffentliches Grün)

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
Unterhaltung des sonstigen	5221020	
7221000		
unbeweglichen Vermögens		
durch den Bauhof		

Wie ist die Kostensteigerung von 2024 (1,74 Mio. €) auf 2026 (1,86 Mio. €) zu erklären?

Anmerkungen der Verwaltung:

Im Jahr **2024** wurde die Auftragssumme in Höhe von rund **1.770.000 €** um etwa **33.000 €** unterschritten. Ursache hierfür war unter anderem der erhöhte Einsatz im Bereich **Winterdienst**, wodurch verschiedene Aufgaben in der **Grünflächenunterhaltung** nicht ausgeführt werden konnten.

Für das Jahr **2025** wurde die Auftragssumme insbesondere aufgrund gestiegener **Lohnkosten** um **5 %** auf **1.858.780 €** angehoben.

Für das Jahr **2026** bleibt die Auftragssumme gegenüber dem laufenden Jahr **2025** unverändert.

**Grundstücksabgaben,
7241000**

5241040

**Versicherungen und
Abfallentsorgungsgebühren**

Warum sind die Kosten von 32.000 € (2024) auf 20.000 € (2026) gesunken?

Anmerkungen der Verwaltung:

In den Jahren **2019 bis 2023** lagen die Kosten jeweils im Bereich der veranschlagten **20.000 €**.

Die im Jahr **2024** einmalig deutlich höheren Kosten wurden bei der **Haushaltsanmeldung 2026** noch nicht als Grundlage herangezogen.

Sollten im Jahr **2025** erneut deutlich höhere Kosten entstehen, ist für die **Haushaltsanmeldung 2027** eine entsprechende Anpassung vorzunehmen.

**Zuweisungen und Zuschüsse
7318000**

5318000

Für lfd. Zwecke übrige Bereiche

Wurde der Zuschuss zum Bienen-Lehr- und Schaugarten von 14.000 € (2024) auf 4.800 € (2026) gekürzt?

Anmerkungen der Verwaltung:

Im Übergang von 2023 nach 2024 wurde im Produkt-Sachkonto (PSK) ein einmaliger Zuschuss für den Verein Jordsand zur Erstellung eines Sanierungsgutachtens veranschlagt.

Der Zuschuss für den Bienen-Lehr- und Schaugarten belief sich in den vergangenen Jahren auf 3.600 €. In den Jahren zuvor variierte die Höhe des Zuschusses in Abhängigkeit von den jeweils angefallenen Aufwendungen um

55100 Park- und Gartenanlagen (öffentliches Grün)

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
Sammelposten für 7832000 Vermögensgegenstände über 250 EURO bis 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer	0891000	

Hier sind für 2024 Ausgaben in Höhe von 17.000 € und für 2026 Ausgaben in Höhe von 10.000 € vorgesehen. *Ist dieser Ansatz realistisch und wie erklärt sich die Senkung?*

Anmerkungen der Verwaltung:

Auf den Konten 55100.080000 und 089100000 stehen jeweils 10.000 €, insgesamt somit 20.000 €, für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen zur Verfügung. Die beiden Konten werden gegenseitig zur Deckung herangezogen.

Mit diesem seit vielen Jahren unveränderten Gesamtbudget werden im Wesentlichen Bänke, Papierkörbe und Pflanzkübel beschafft. Je nach Einzelpreisen der jeweils vorrangig beschafften Ausstattungsgegenstände

55105 Kinderspielplätze

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
Unterhaltung des sonstigen 7221000 unbeweglichen Vermögens durch den Bauhof	5221020	

Hier sind für 2024 ca. 130.000 € und für 2026 145.000 € eingeplant. *Die Steigerung liegt deutlich über den angegebenen 3 %. Wie erklärt sich dieser Anstieg?*

Zusätzlich wird angemerkt, dass in Ahrensburg 34 öffentliche Spielplätze für rund 6.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren vorhanden sind (ohne private Anlagen, z. B. der Neuen Lübecker). Diese Spielplätze sind überwiegend für Kinder bis max. 12 Jahre ausgelegt. *Wie wird das Fehlen geeigneter Angebote für Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren bewertet? Besteht ggf.*

ein Überangebot an Spielplätzen für die Altersgruppe 0–12 Jahre, sodass eine Überprüfung der tatsächlichen Nutzungsfrequenz sinnvoll wäre?

Anmerkungen der Verwaltung:

Im Jahr 2024 entsprach der Auftrag in Höhe von 140.000 € der Schlussrechnungssumme. Für das Jahr 2025 wurde die Auftragssumme vornehmlich aufgrund gestiegener Lohnkosten um knapp 4 % auf 145.000 € angehoben. Die für das Jahr 2026 angemeldeten Mittel bleiben gegenüber dem laufenden Jahr 2025 unverändert.

Der Bestand an Kinderspielplätzen hat sich im letzten Jahrzehnt – abgesehen von den neubaubedingten Plätzen im Erlenhof – nicht verändert. Dem im Jahr 2013 neu errichteten Spielplatz Pionierweg und dem im Jahr 2025 neu errichteten Spielplatz Ahrensfelde stehen die aufgelösten Spielplätze Ahrensbürger Stieg und Stormarnplatz gegenüber. Auf der Familienwiese Gartenholz ist das einzige Spielgerät entfallen. Auch wenn die Spielplätze aufgrund der längeren Schulzeiten nicht mehr in dem Maße genutzt werden wie vor 25 Jahren, stellen sie weiterhin wichtige soziale Treffpunkte sowie eine Alternative zum Spielen am PC dar. Es wird als notwendig erachtet, das Angebot für Jugendliche auszubauen. Besonders bedeutsam wäre der Neubau und die Vergrößerung der Skateanlage Stormarnplatz. Zu einem späteren Zeitpunkt hätte auch der Neubau der Skateanlage Gartenholz einen hohen Stellenwert. Darüber hinaus könnte ein Streetballfeld im geplanten Stormarnpark das Angebot für Jugendliche sinnvoll erweitern. Für die Fläche aufgelösten

Überlegung,

für

55500 Forstwirtschaft

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
Erträge aus dem Verkauf	4421000	
6421000		
von Vorräten		

Beim **Konto 442 100 – Erlöse aus Holzverkauf** sind für 2024 –724 € und für 2026 +20.000 € angesetzt. *Der Ansatz für 2026 erscheint unrealistisch. Sollte dieser nicht auf 0 gesetzt werden?*

Anmerkungen der Verwaltung:

Die Holzerlöse unterliegen jährlichen Schwankungen, die unter anderem von den jeweiligen Holzmarktpreisen sowie von witterungs- und schadensbedingten Ereignissen wie Sturmereignissen oder Borkenkäferbefall beeinflusst werden. Im Haushaltsjahr 2025 liegt das Ergebnis bereits bei über 30.000 €. Im mehrjährigen Durchschnitt ist der Haushaltsansatz angemessen, auch wenn eine exakte Prognose nicht

**Grundstücksabgaben,
7241000
Versicherungen und
Abfallentsorgungsgebühren**

5241040

Beim **Konto 524 1040 – Aufwendungen für Versicherungen** sind für 2024 5.200 € und für 2026 4.100 € vorgesehen. *Wie erklären sich die gesunkenen Versicherungskosten?*

Anmerkungen der Verwaltung:

Die Versicherungskosten haben sich erhöht. Die Berechnung der Prämien erfolgt nicht durch die Stadt Ahrensburg. Der Haushaltsansatz sollte daher auf 7.000 € angepasst werden.

56110 Klimaschutz

	<u>Ergebnisplan</u>	<u>Finanzplan</u>
Geleistete Anzahlungen, 7853000		0900002
Anzahlungen im Bau (sonstige) E-Ladestationen an öffentlichen Einrichtungen		

Beim **Konto 090 002 – Kommunale E-Ladesäulen** sind für 2024 keine Mittel und für 2026 100.000 € vorgesehen. *Muss die Stadt diese Aufgabe übernehmen oder fällt dies nicht in die Zuständigkeit der Stadtwerke?*

Anmerkungen der Verwaltung:

Bezüglich der Haushaltsmittel wurde unter **TOP 10** des Protokolls bereits Stellung genommen.

Hinsichtlich der **Zuständigkeit der Stadt/Stadtwerke** ist festzuhalten, dass die verpflichtende Errichtung von Ladeinfrastruktur an öffentlichen Gebäuden nach dem **GEIG (Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität)** zunächst in den Aufgabenbereich der Stadt fällt. Da es sich teilweise um Standorte mit geringer Wirtschaftlichkeit handelt, ist eine Umsetzung durch Dritte aus eigenem Antrieb in der Regel nicht zu erwarten. Insofern wird zumeist die Erteilung eines entsprechenden Auftrages an externe Dritte erforderlich sein.

13.

Dabei sind die aktuell geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen zwingend zu berücksichtigen. Das Bundeskartellamt hat die bislang häufig praktizierte Vorgehensweise von einfachen „Inhouse-Vergaben“ an die kommunalen Stadtwerke beanstandet. Zukünftig ist daher voraussichtlich die Durchführung entsprechender Ausschreibungsverfahren beziehungsweise das Einholen mehrerer Angebote erforderlich.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür.

14. Denkmalsgerechte Wiederherstellung des städtischen Anteils des Ahrensburger Schlossparks

Der Vorsitzende geht nochmals auf den gestellten Antrag ein. Nach einer kurzen Diskussion verständigen sich die Fraktionen darauf, dass die WAB die zahlreichen konstruktiven Anregungen in ihren Antrag einarbeitet und den Antrag in der Dezembersitzung erneut einreicht.

In diesem Zusammenhang geht der Vorsitzende auch auf die Fragen von Frau Hansen aus der Einwohnerfragestunde ein:

1. Gehören der Mühlenredder und die Mühle zum Ahrensburger Schlosspark, und wenn ja, zum städtischen oder nicht-städtischen Anteil?

Ja, Mühlenredder und Mühle gehören zum städtischen Bereich des Denkmalschutzes

2. Welche Maßnahmen plant die Stadt, um weitere Schäden an der denkmalgeschützten Mühle durch Fahrzeugverkehr über die Bodenwellen im Mühlenredder zu verhindern?

Nach Kenntnis des Vorsitzenden ist darüber noch nicht abschließend beraten worden. Die Anregung wird aber dankend aufgenommen und im Zuge der weiteren Bearbeitung des Themas berücksichtigt werden.

3. Falls der Tunnel gesperrt werden kann, wäre dann auch eine Sperrung des Mühlenredders für den Autoverkehr möglich?

Diese Frage wird an die Verwaltung weitergegeben. Sie ist aber erst im Zuge der weiteren Planungen endgültig zu beantworten.

15. S4 - Umweltfragen

Der Vorsitzende berichtet über den Stand der Planungen zur S 4. Der Bürgermeister befindet sich hierzu in laufenden Gesprächen mit der Deutschen Bahn, die insbesondere den Bereich zwischen Auetalquerung und Bahnübergang „Brauner Hirsch“ betreffen. Ergebnisse der Verhandlungen werden im BPA vorgestellt. Herr Römer wird darüber voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses berichten.

Die Fraktionen befassen sich parallel zu den Themen des Bürgermeisters mit den umweltrelevanten Aspekten der Planfeststellungsverfahren 2 und 3, die derzeit noch zahlreiche Unstimmigkeiten enthalten. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die zentrale Anliegen des Umweltschutzes fachlich und rechtlich prüfen lässt.

Zu den Schwerpunkten gehören:

- Verlegung der Trasse im Bereich Kuhlenmoorweg/Moorkante,
- Wiedervernetzung der Moore (v. a. im Quellgebiet der Bredenbek),
- Einrichtung von Durchlässen und Querungshilfen für Kleintiere, Amphibien und Reptilien,
- Wiederherstellung alter Wasserläufe zur Verbesserung der Drainage und Vernetzung von Feuchtgebieten,
- Verhinderung des Brückenbaus im NSG Gravinghorst,
- Schaffung einer Querungsmöglichkeit für Rotwild im Bereich Delingsdorf.

Der Vorsitzende betont noch einmal, dass die Fraktionen mit ihren Bemühungen nicht das Projekt S 4 in Frage stellen. Sie wollen aber erreichen, dass das Projekt sachgerecht und umweltverträglich durchgeführt wird und bemühen sich daher, die zahlreichen erkannten Mängel und Fehler in der Planung aufzuzeigen. Sie wollen damit die bürgerverträgliche Umsetzung und die Akzeptanz des Projekts fördern. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden, sofern sie sich als rechtsrelevant erweisen, direkt dem EBA übergeben.

Unabhängig von den oben genannten Punkten werden die Fraktionen auch weiterhin die weiteren Auslegungen im Zuge des PFA 2 und 3 genauestens überprüfen.

16. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Fahrradbügel zwischen Großer Straße und Rathausplatz

Frau Dullweber erinnert daran, dass bereits vor längerer Zeit die Installation zusätzlicher Fahrradbügel zwischen Großer Straße und Rathausplatz angedacht war. Sie erkundigt sich nach dem aktuellen Stand.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Errichtung weiterer Fahrradbügel weiterhin vorgesehen ist. Derzeit befindet sich die Umsetzung in verwaltungsinterner Abstimmung.

Lastenradparkplätze auf dem Rathausplatz

Frau Dullweber weist darauf hin, dass die Lastenradparkplätze auf dem Rathausplatz fast fertiggestellt seien und dort ebenfalls eine Radstation entstehe. Sie zeigt sich erfreut über die baldige Fertigstellung.

Pläne zur Schaffung eines neuen Laichgewässers beim Natternstieg

Der Vorsitzende berichtet über die gemeinsamen Pläne der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) und der Abteilung Grünflächen zur Schaffung eines neuen Laichgewässers beim Natternstieg sowie zur Entschlammung eines weiteren potenziellen Laichgewässers.

Zudem ist eine gemeinsame Müllsammelaktion im Oktober im Tunneltal geplant.

Um „wildes“ Tipibauen und ähnliche Aktivitäten von Kindergruppen im Forst Hagen, die nicht im Einklang mit dem Naturschutz stehen, zu unterbinden, werden probeweise drei Flächen ausgewiesen. Dort sollen naturnahe Aktivitäten für Kindergruppen möglich sein, ohne den Schutz der Natur zu beeinträchtigen.

Die UNB hebt die vorbildlichen Aktivitäten von Lehrerinnen und Schüler*innen der Heimgartenschule im Zuge der Bauarbeiten hervor (erfolgreiche Umsiedlung von Zwergfledermäusen und Amphibien).

Unangemessene Kommentare

Herr Randschau merkt an, dass in der letzten Sitzung seitens der Verwaltung während Wortmeldungen der Fraktionen unangemessene Kommentare geäußert wurden. Er betont, dass solche Kommentare im Umweltausschuss unangebracht sind und künftig zu unterlassen seien.

Sachkundige Bürger

Herr Wagner weist darauf hin, dass in den letzten Sitzungen die Zahl der sachkundigen Bürger *überhandgenommen habe*. Er bittet den Ausschuss, *künftig verstärkt darauf zu achten, sachkundige Bürger* nur in notwendigen Fällen zuzulassen.

16.1. Fahrradbügel zwischen Großer Straße und Rathausplatz

Frau Dullweber erinnert daran, dass bereits vor längerer Zeit die Installation zusätzlicher Fahrradbügel zwischen Großer Straße und Rathausplatz angedacht war. Sie erkundigt sich nach dem aktuellen Stand.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Errichtung weiterer Fahrradbügel weiterhin vorgesehen ist. Derzeit befindet sich die Umsetzung in verwaltungsinterner Abstimmung.

16.2. Lastenradparkplätze auf dem Rathausplatz

Frau Dullweber weist darauf hin, dass die Lastenradparkplätze auf dem Rathausplatz fast fertiggestellt seien und dort ebenfalls eine Radstation entstehe. Sie zeigt sich erfreut über die baldige Fertigstellung.

16.3. Pläne zur Schaffung eines neuen Laichgewässers beim Natternstieg

Der Vorsitzende berichtet über die gemeinsamen Pläne der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) und der Abteilung Grünflächen zur Schaffung eines neuen Laichgewässers beim Natternstieg sowie zur Entschlammung eines weiteren potenziellen Laichgewässers. Zudem ist eine gemeinsame Müllsammelaktion im Oktober im Tunneltal geplant. Um „wildes“ Tipibauen und ähnliche Aktivitäten von Kindergruppen im Forst Hagen, die nicht im Einklang mit dem Naturschutz stehen, zu unterbinden, werden probeweise drei Flächen ausgewiesen. Dort sollen naturnahe Aktivitäten für Kindergruppen möglich sein, ohne den Schutz der Natur zu beeinträchtigen. Die UNB hebt die vorbildlichen Aktivitäten von Lehrerinnen und Schülern und Schülerinnen der Heimgartenschule im Zuge der Bauarbeiten hervor (erfolgreiche Umsiedlung von Zwergfledermäusen und Amphibien).

16.4. Unangemessene Kommentare

Herr Randschau merkt an, dass in der letzten Sitzung seitens der Verwaltung und weiterer Mitglieder des Ausschusses während Wortmeldungen der Fraktionen unangemessene Kommentare geäußert wurden. Er betont, dass solche Kommentare im Umweltausschuss unangebracht sind und künftig zu unterlassen seien.

16.5. Sachkundige Bürger und Bürgerinnen

Herr Wagner weist darauf hin, dass in den letzten Sitzungen die Zahl der sachkundigen Bürger und Bürgerinnen *überhandgenommen habe*. *Er bittet den Ausschuss, künftig verstärkt darauf zu achten, sachkundige Bürger und Bürgerinnen nur in notwendigen Fällen zuzulassen.*

gez. Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Vorsitzende/r

gez. Nadine Scheel
Protokollführer/in